Deutscher Bundestag **Drucksache 19/1141**

19. Wahlperiode 09.03.2018

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Unterrichtung

durch die deutsche Delegation in der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik vom 7. bis 9. September 2017 in Tallin (Estland)

Inhaltsverzeichnis

		Seite
I.	**Teilnehmer der deutschen Delegation**	2
II.	**Einführung**	2
III.	**Ablauf der Tagung**	2
III.1	Eröffnungssitzung	2
III.2	Sitzung I: Die Bedeutung Europas – Europa im globalen Kontext	3
III.3	Sitzung II: Belebung der westlichen Einheit und der transatlantischen Beziehungen	3
III.4	Sitzung III: Austausch der Sichtweisen zu den Prioritäten der EU im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik	3
III.5	Sitzung IV: Situation entlang der EU-Grenzen	4
III.6	Sitzung V: Wege zur Stärkung der europäischen Verteidigung	4
III.7	Sitzung VI: Konkrete Aspekte einer hybriden Welt inklusive des Cyberraumes und strategischer Kommunikation	4
IV.	**Zusammenfassung der Präsidentschaft**	5

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

I. Teilnehmer der deutschen Delegation

An der zehnten Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) nahmen keine Abgeordneten des Deutschen Bundestages teil. Die Mitglieder der deutschen Delegation konnten aufgrund des gleichzeitig stattfindenden Besuches der auf dem türkischen NATO-Stützpunkt in Konya stationierten deutschen Soldaten nicht an der Tagung teilnehmen.

II. Einführung

Die Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) wurde 2012 durch die Konferenz der Präsidenten der Parlamente der Mitgliedstaaten der EU und des Präsidenten des Europäischen Parlaments auf der Basis des Protokolls Nr. 1 zum Vertrag von Lissabon über die Rolle der nationalen Parlamente in der EU eingesetzt. Die IPC GASP/GSVP ist Teil der parlamentarischen Dimension der EU-Ratspräsidentschaft. Die erste Konferenz fand im September 2012 in Paphos, Zypern, statt. Ziel der Konferenz ist der Austausch von Informationen und bewährten Verfahren zur GASP und GSVP zwischen den nationalen Parlamenten und dem Europäischen Parlament (EP). Dazu treffen die Abgeordneten auch mit der EU-Ratspräsidentschaft, der Hohen Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik sowie anderen Vertretern der Europäischen Kommission zusammen. Für den Deutschen Bundestag nimmt eine Delegation von bis zu sechs Abgeordneten an der Konferenz teil, die sich nach dem Stärkeverhältnis der Fraktionen im Bundestag zusammensetzt. Für das Europäische Parlament sind 16 Sitze vorgesehen. Die Konferenz tritt zweimal im Jahr jeweils in dem Mitgliedstaat der EU zusammen, der die sechsmonatige EU-Ratspräsidentschaft innehat.

III. Ablauf der Tagung

Die elfte Tagung der Interparlamentarischen Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (IPC GASP/GSVP) fand auf Einladung des estnischen Parlaments vom 7. bis 9. September 2017 in Tallin statt. An der Konferenz nahmen 106 Delegierte aus 29 nationalen Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament sowie neun Delegierte aus fünf Partnerländern teil.

Das Arbeitsprogramm war von der Agenda der estnischen Ratspräsidentschaft geprägt. Die Präsidentschaft hatte erstmals beschlossen, in Tallinn keine Resolution zu verabschieden. Damit sollte mehr Zeit eingeräumt werden für eine intensive und lebhafte Debatte der zentralen Konferenzthemen. Die Delegierten konnten in Frage- und Antwortrunden zu jedem Sitzungsabschnitt ausgiebig zu den jeweiligen Themen Stellung nehmen. Dieses veränderte Konferenzformat wurde von der deutlichen Mehrheit der Konferenzteilnehmer begrüßt. Lediglich Griechenland und Polen bedauerten, dass in den Heimatparlamenten somit keine Resolution präsentiert werden könne.

Die Konferenz war in sechs Sitzungsabschnitte unterteilt. Die estnische Präsidentschaft hat statt Arbeitsgruppen optional drei verschiedene Seminare angeboten. Dabei wurden die Themen Westbalkan, Nordkorea und Russland besprochen. Experten führten mit kurzen Eingangsstatements in die jeweiligen Themen ein. Danach konnte frei diskutiert werden.

Vor Konferenzbeginn erhielten die Leiterinnen und Leiter der nationalen Delegationen ein Briefing der estnischen Geheimdienste zur Einschätzung und Bewertung der Beziehungen zur Russischen Föderation.

Die estnische Präsidentschaft veröffentlichte nach der Konferenz eine Zusammenfassung des Konferenzgeschehens. Diese ist unter Punkt vier dieser Unterrichtung in deutscher Übersetzung abgedruckt.

Die nächste IPC GASP/GSVP wird vom 8. bis 10. Februar 2018 in Sofia, Bulgarien, auf Einladung des bulgarischen Parlamentes stattfinden.

III.1 Eröffnungssitzung

Die Konferenz wurde vom Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des estnischen Parlaments, **Hannes Hanso**, eröffnet. Im Anschluss begrüßten der Präsident des estnischen Parlaments, Eiki Nestor, der Vorsitzende des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten des estnischen Parlaments, Marko Mihkelson, und der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses des Europäischen Parlaments, David McAllister, die Delegierten. **Marko**

Mihkelson beschrieb die aktuellen Herausforderungen der EU, wie beispielsweise den Umgang mit den Migrationsbewegungen, die russische Aggression in der Ukraine sowie die großen Militärübungen der Russischen Föderation entlang der NATO-Grenze. **Eiki Nestor** hob hervor, dass es für ein kleines Land wie Estland essentiell sei, gute Beziehungen zu den Nachbarn zu unterhalten. Er mahnte, dass der Frieden keine Selbstverständlichkeit sei und warb für eine solidarische und geeinte EU, die die gemeinsamen Werte aktiv verteidige. Abschließend sprach er sich für eine stärkere EU-NATO-Kooperation aus. **David McAllister** hob hervor, dass die EU ihre Rolle in der internationalen Gemeinschaft neu definieren und daraus die erwachsenden Herausforderungen annehmen müsse.

III.2 Sitzung I: Die Bedeutung Europas – Europa im globalen Kontext

Im ersten Sitzungsabschnitt zum Thema „Die Bedeutung Europas – Europa im globalen Kontext“ sprachen die Präsidentin von Estland, **Kersti Kaljulaid**, und der Vizepräsident der Europäischen Entwicklungsbank, **Alexander Stubb**. Die Präsidentin Estlands warb für eine aktivere Rolle der EU in der Welt. Gemeinsam mit der UNO und der Weltbank habe man die moralische Verpflichtung, positiven Einfluss auf die Entwicklung der Welt zu nehmen. Die EU als weltweit größter Geber von Entwicklungshilfe müsse ihr politisches Gewicht nutzen, um Demokratien zu stärken und die europäischen Werte zu verbreiten. Alexander Stubb konstatierte, dass durch den Protektionismus der USA und aufgrund des Brexits ein geopolitisches Machtvakuum entstanden sei. Es stelle sich daher die Frage, welcher globale Akteur dieses Machtvakuum füllen werde: China, die Russische Föderation oder Europa. Er plädierte für ein wirtschaftlich starkes Europa, welches seine Grundwerte offensiv vertrete. Diese Aufgabe dürfe man nicht allein Deutschland überlassen.

III.3 Sitzung II: Belebung der westlichen Einheit und der transatlantischen Beziehungen

Im zweiten Sitzungsabschnitt zum Thema Belebung der westlichen Einheit und der transatlantischen Beziehungen forderte der Senior Fellow of the Atlantic Council´s Brent Scowcroft Center on International Security, **Robert Nurick**, die Europäische Union auf, das in Washington bestehende Informationsdefizit über die EU abzubauen. Die Verantwortlichen in den USA müssten besser über die EU und deren Ansichten informiert werden. Der wirtschaftliche Berater des Präsidenten des Europäischen Rates, **Wouter Coussens**, mahnte zu mehr Gelassenheit in den transatlantischen Beziehungen. Beide Wirtschaftsblöcke seien eng miteinander verbunden und würden temporäre Irritationen überstehen. Selbstverständlich müsse jeder Partner seinen Teil zur Partnerschaft beitragen. In einem vorab aufgezeichneten Videointerview der Konferenzpräsidentschaft mit dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des amerikanischen Repräsentantenhauses, **Ed Royce**, befürwortete dieser die Verschärfung der Sanktionen gegenüber der Russischen Föderation. Man dürfe die Rechtsbrüche der Russischen Föderation nicht unbeantwortet lassen. Ziel müsse sein, die Russische Föderation an den Verhandlungstisch zurück zu bekommen. Erst dann könne über eine Aufhebung von Sanktionen nachgedacht werden. Lebhaft debattiert wurde besonders über das Ziel, zwei Prozent des nationalen Bruttoinlandsproduktes für Verteidigung auszugeben.

III.4 Sitzung III: Austausch der Sichtweisen zu den Prioritäten der EU im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Im dritten Sitzungsabschnitt zum Austausch der Sichtweisen bezüglich der Prioritäten der EU im Bereich der GASP und der GSVP berichtete die Hohe Vertreterin (HV) der EU für die Außen- und Sicherheitspolitik, **Federica Mogherini**, über ihre Arbeit. Sie ging dabei besonders auf die Situation in Nordkorea, den Friedensprozess im Mittleren Osten sowie die Lage in Venezuela ein. Die EU unterstütze weitere Sanktionen gegen Nordkorea, auch weil Unverständnis dahingehend bestünde, dass das Regime alle Verhandlungsangebote unbeantwortet ließ. Ein nukleares Nichtverbreitungsabkommen mit Nordkorea sei ein wichtiges Verhandlungsziel. Eine militärische Eskalation müsse unbedingt vermieden werden. Im Mittleren Osten vertrete die EU weiter die Zwei-Staaten-Lösung. Es reiche nicht, den Status-quo zu erhalten, man müsse Fortschritte hin zu einem Frieden erzielen. Europa habe die Verpflichtung, daran mitzuwirken. Weitere Themen waren die Maßnahmen der EU bei der Bekämpfung der Schleuserkriminalität und der Bewältigung der Flüchtlingskrise. Einigkeit bestand darin, legale Wege der Immigration nach Europa zu schaffen. Es gelte jedoch, die Situation insbesondere in den afrikanischen Herkunftsländern zu verbessern. Übereinstimmend konstatierten die Delegierten, dass den derzeitigen Herausforderungen wie der Flüchtlingskrise und der Bekämpfung des Terrorismus nur gemeinsam und in solidarischer Weise begegnet werden könne.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

III.5 Sitzung IV: Situation entlang der EU-Grenzen

Im vierten Sitzungsabschnitt debattierten die Delegierten die Situation entlang der EU-Grenzen. Deutliche Kritik übte der estnische Außenminister, **Sven Mikser,** am aggressiven Verhalten der Russischen Föderation, dem die EU entschlossen entgegentreten müssen. Es sei von großer Bedeutung, die liberalen Werte der EU offensiv nach außen zu vertreten. Besonders hob er die Krise in der Ukraine hervor, die weiterhin virulent sei.

III.6 Sitzung V: Wege zur Stärkung der europäischen Verteidigung

Im fünften Sitzungsabschnitt vermittelte der estnische Verteidigungsminister, **Jüri Luik**, die Sorge der baltischen Staaten über die russisch-weißrussische Militärübung „Sapad“, die das gesamte Baltikum umschließe und als Bedrohung empfunden werde. Große Übungsplätze befänden sich nahe der estnischen Grenze. Als problematisch erachte er die extrem kurze Reaktionszeit der NATO auf etwaige Grenzverletzungen. Dankbar sei man daher über die Anwesenheit der NATO-Partner im Land. Estland befürworte eine vertiefte Sicherheitszusammenarbeit in Europa. Der Co-Vorsitzende des „European Council on Foreign Relations“, **Carl Bildt**, konstatierte, dass die EU derzeit nicht in der Lage sei, sich ohne die Unterstützung durch die NATO zu verteidigen. Wenn die EU ein glaubwürdiger globaler Akteur sein wolle, müsse eine militärische Komponente bereitgestellt werden. Dieses Ziel sei umso anspruchsvoller, da die EU mit dem Brexit etwa ein Viertel der militärischen Kapazitäten in der EU verlieren werde. Ebenso stelle die Koordinierung der Verteidigungsindustrien eine immense Herausforderung dar. Die EU müsse daher ihre operativen Fähigkeiten unter Beweis stellen und weniger militärtheoretisch agieren. Schwerpunkte der Diskussion waren die Verbesserung der europäischen Verteidigungsstrukturen und die Stärkung der EU-NATO Beziehungen. Durch vertiefte Kooperation und effektiveren Mitteleinsatz sollen die Kooperation verbessert und die Widerstandskraft der Mitgliedstaaten gegenüber Krisen erhöht werden. Dabei solle besonders auf die Vermeidung von Doppelstrukturen zwischen EU und NATO geachtet werden. Die Permanente Strukturierte Kooperation (PESCO) wurde von den Delegierten übereinstimmend als guter erster Schritt zu einer besseren Verteidigungszusammenarbeit angesehen.

III.7 Sitzung VI: Konkrete Aspekte einer hybriden Welt inklusive des Cyberraumes und strategischer Kommunikation

Im letzten Sitzungsabschnitt ging es um konkrete Aspekte einer hybriden Welt inklusive des Cyberraumes und strategischer Kommunikation. Hierzu berichtete der Leiter des Strategischen Kommunikationsteams Ost des Europäischen Auswärtigen Dienstes, **Giles Portman**, über die Herausforderungen, auf die Desinformation der Russischen Föderation die entsprechende Antwort zu finden. Über die eigene Webseite (Euvsdisinfo.eu) werde in einem wöchentlichen Newsletter die Desinformation aufgedeckt, benannt und eingeordnet. Des Weiteren unterstütze seine Behörde die östlichen Partner der EU bei der Fortbildung von Journalisten und der Entwicklung der Pressefreiheit. Wichtig sei ebenso, durch ein russischsprachiges Programm die Werte der EU besser in den russischsprachigen Raum zu kommunizieren. In der Diskussion forderte **Michael Gahler**, MdEP, die Bereitstellung der Information des Strategischen Kommunikationsteams Ost auch in weiteren Sprachen, wie zum Beispiel Deutsch, durch die EU zu finanzieren.

Berlin, den 18. Januar 2018

Wolfgang Hellmich, MdB
Delegationsleiter

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

IV. Zusammenfassung der Präsidentschaft

Interparlamentarische Konferenz für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)

7.-9. September 2017, Tallinn

Zusammenfassung der Präsidentschaft

Sitzung I: Warum Europa wichtig ist – Europa im globalen Kontext

Weitestgehend bestand Einvernehmen darüber, dass die Europäische Union auf globaler Ebene ein wichtiger Akteur ist und bleibt.

Hinsichtlich der Frage, warum Europa im globalen Kontext wichtig ist, kamen zahlreiche Themen zur Sprache. Dabei erwähnten die meisten Redner die folgenden beiden Punkte:

Erstens die gemeinsamen Werte Demokratie, Menschenrechte, wirtschaftliche und politische Freiheit sowie die Notwendigkeit, diese traditionellen Werte der EU und des Westens zu wahren und zu fördern. Zweitens die Bedeutung des freien Welthandels als wesentlicher Bestandteil der Globalisierung und die Rolle der EU bei der Verteidigung des Freihandels.

Viele Redner wiesen darauf hin, dass die Verteidigungspolitik der EU gezielter ausgerichtet und gestärkt werden müsse. Insbesondere ging es bei der Diskussion um die Form der Zusammenarbeit, also die Frage, ob sie freiwillig oder obligatorisch sein sollte. Die Möglichkeit, höchste Maßstäbe zu setzen, spricht für eine freiwillige Verteidigungszusammenarbeit.

Im Falle einer obligatorischen Zusammenarbeit müssen die Mitgliedstaaten einen Konsens anstreben und Standards festlegen, die allseits annehmbar sind, jedoch niedriger wären.

Wenngleich die EU ein globaler Akteur ist, besteht die interne Herausforderung für die EU derzeit darin, bürgernäher zu werden. Dass die Mitgliedstaaten Brüssel oft den Schwarzen Peter zuschieben, wird nicht für mehr Bürgernähe in der EU sorgen. In der Regel tun sie dies in Krisenzeiten. Auch wenn die EU schwierige Zeiten stets übersteht, gefährden die Schuldzuweisungen an Brüssel langfristig das Vertrauen der Bürger in die EU.

Das Fazit: Angesichts der gegenwärtigen Realität, etwa des Brexits, der Unsicherheit in globalen Fragen und des Bestrebens der US-Regierung, den Blick mehr nach innen zu richten, ist es wichtig, dass die EU geeint bleibt und auf der globalen Bühne mit einer Stimme spricht.

Sitzung II: Stärkung der Einheit des Westens und der transatlantischen Beziehungen

In der Debatte über die transatlantischen Beziehungen lag der Schwerpunkt auf Sicherheit und Handel. Europa sollte untersuchen, welcher Kurs in den transatlantischen Beziehungen zu verfolgen ist und wie es sich den gemeinsamen Herausforderungen der westlichen Welt stellen kann. Zudem wurden Probleme und Perspektiven der transatlantischen Beziehungen während der Trump-Präsidentschaft erörtert.

Trotz Rückschlägen ist die EU für die USA ein wichtiger Partner in globalen Angelegenheiten. Ein freies, geeintes und friedliches Europa ist nach wie vor ein Eckpfeiler der amerikanischen Außenpolitik. Die EU und die USA haben große Geschlossenheit gezeigt, was Sanktionen gegen Russland wegen der Nichteinhaltung internationaler Normen betrifft.

Das Verhältnis zwischen der EU und den USA ist von tiefer Verbundenheit geprägt, und die Volkswirtschaften sind eng miteinander verflochten. Der Handel zwischen der EU und den USA entspricht der Hälfte des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Dabei wurde geltend gemacht, dass ein mögliches transatlantisches Handelsabkommen noch größere Vorteile für beide Seiten habe, da es ein noch größeres Wirtschaftspotenzial biete.

Es wurde betont, dass die EU-Verteidigungspolitik nur in enger Zusammenarbeit und Abstimmung mit der NATO und unter Einbindung der USA weiterentwickelt werden könne. Vielfach wurde die Frage der Lastenteilung angesprochen. Europa muss mehr Verantwortung für seine Sicherheit übernehmen, und die Entwicklung der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (SSZ/PESCO) ist ein Schritt in die richtige Richtung. Zudem wurde angemerkt, dass eine Debatte darüber geführt werden solle, wie die Beiträge zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik bemessen und entrichtet werden können. Der Zwei-Prozent-Standard bei den Verteidigungsausgaben deckt weder Verteidigungsfähigkeiten noch nichtmilitärische und nicht verteidigungsbezogene Beiträge zur Sicherheit ab, hat

jedoch politischen Symbolwert. Dieses Geld – so wurde betont – sollte auch sinnvoll und effizient ausgegeben werden. Wichtig ist, dass die NATO-Bündnispartner weiter vorankommen und die eingegangenen Verpflichtungen einhalten. In Europa sind in dieser Frage eine zunehmende Sensibilisierung und Fortschritte zu erkennen.

Im Umgang mit der globalen Erwärmung, der Migrationskrise und dem Terrorismus bedarf die EU der vollen Unterstützung der USA.

Die EU und die USA müssen gemeinsam handeln, um eine auf Regeln und gemeinsamen Werten beruhende Weltordnung aufrechtzuerhalten. Der Westen hat bei der Errichtung dieser Weltordnung eine Schlüsselrolle gespielt und muss sie nun schützen. Die EU und die USA teilen die Grundwerte Demokratie, Menschenrechte, Freihandel und offene Märkte, die den Eckpfeiler der transatlantischen Allianz bilden. Im Rahmen des westlichen Bündnisses und der transatlantischen Beziehungen sollte die EU in Bereichen, in denen die derzeitige US-Regierung weniger aktiv ist, eine führende Rolle übernehmen.

Weitere Themen waren der Klimawandel, die militärische Zusammenarbeit zwischen der EU und den USA im Kampf gegen den IS und in Bezug auf Nordkorea, die sozialen Auswirkungen der Globalisierung und des Freihandels, der Aufbau der europäischen Armee und die Frage, was Europa tun kann, um die transatlantischen Beziehungen zu verbessern.

Sitzung III: Gedankenaustausch über die Prioritäten der EU im Bereich der GASP und der GSVP

Zunächst gab die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik einen kurzen Überblick über die Themen, die bei den informellen Treffen der Verteidigungs- und Außenminister der EU erörtert wurden.

Anschließend fand ein traditioneller Meinungsaustausch zwischen der Hohen Vertreterin und den parlamentarischen Delegationen statt. Angesprochen wurden vor allem aktuelle außenpolitische Fragen, konkret die Lage in Nordkorea, der Westbalkan, Venezuela, der Friedensprozess im Nahen Osten, Entwicklungen in der Östlichen Partnerschaft, Migration, Terrorismus, die Verteidigungsunion, die Beziehungen zwischen der EU und den USA und das künftige Verhältnis zum Vereinigten Königreich.

In der Debatte zum Thema Migration wurde betont, dass die EU enorme Fortschritte erzielt habe, die von der Reaktion auf Krisen bis hin zur Erarbeitung eines umfassenden Ansatzes reichten. Eine wirksame Migrationspolitik umfasst sowohl interne als auch externe Maßnahmen, darunter die Schaffung legaler, kontrollierter und sicherer Kanäle für Flüchtlinge.

Mehrere Fragen betrafen die Östliche Partnerschaft. Sie sollen auf dem anstehenden Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft erörtert werden. Einvernehmen bestand über die auf dem Gipfel zu vermittelnde Botschaft: Die Politik grenzt nicht aus, sondern ist inklusiv.

In Bezug auf die Terrorismusbekämpfung wurde hervorgehoben, dass eine Abstimmung zwischen der EU und ihren Mitgliedstaaten sowie eine Zusammenarbeit mit internationalen Partnern erforderlich seien. Zudem wurde die Bedeutung des Informationsaustauschs unterstrichen.

Das Konzept der Verteidigungsunion, dem vor einem Jahr zunächst noch Skepsis entgegengebracht wurde, gilt heute als wichtiges Thema auf EU-Ebene. Die Frage ist nicht, ob und wie viel für die Verteidigung ausgegeben werden soll, sondern wie dies am effizientesten geschehen kann. Es wurde betont, dass die Verteidigungsunion keine Militarisierung der EU, sondern einen sinnvolleren Einsatz der Mittel bezwecke.

Mehre Fragen waren der Lage in Venezuela gewidmet. Die Hohe Vertreterin versicherte, dass Venezuela für die EU und für die Wahrung der Stabilität in der Region wichtig sei. Die EU achtet die Institutionen Venezuelas sowie ihre Autonomie und ihre Fähigkeit zur Zusammenarbeit in vollem Umfang.

Die Frage nach den künftigen Beziehungen zum Vereinigten Königreich wurde dahingehend beantwortet, dass der Rahmen für die neue Partnerschaft erst nach Abschluss der Austrittsverhandlungen gesteckt werden könne.

Vielfach kam die Frage auf, wie die Europäische Union angesichts der jüngsten Entwicklungen in Nordkorea reagieren solle. Ein militärisches Eingreifen wird von der EU nicht mitgetragen. Es besteht die Hoffnung, dass die Situation mit politischen, diplomatischen und wirtschaftlichen Mitteln gelöst werden kann. Ein kohärentes Vorgehen in voller Abstimmung mit den Regionalpartnern ist unerlässlich.

Bedenken wurden hinsichtlich der Entwicklungen im Friedensprozess im Nahen Osten geäußert. Das Festhalten der EU an einer Zweistaatenlösung wurde bekräftigt. Betont wurde, wie wichtig es sei, weiter an den effektivsten Verfahren zu arbeiten. Auch die Notwendigkeit einer ständigen Zusammenarbeit mit den Regionalpartnern wurde hervorgehoben.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Das einheitliche Konzept der EU für die Beziehungen zum Westbalkan wurde bekräftigt. Es wurde festgehalten, dass die EU der europäischen Integration der Westbalkanländer weiterhin fest verpflichtet sei. Übereinstimmend wurde erklärt, dass die Bewahrung und Förderung des Friedens in dieser Region eindeutig im Interesse der EU-Bürger liege.

In den Bemerkungen zu den Beziehungen zwischen der EU und den USA wurde festgestellt, dass die EU und die USA Partner blieben, auch wenn in bestimmten Fragen unterschiedliche Auffassungen bestünden.

Sitzung IV: Sachstand jenseits der EU-Grenzen

Die Prioritäten der EU in den Außenbeziehungen sind in der Globalen Strategie niedergelegt. Im Zeitalter der Globalisierung ist Sicherheit unteilbar. Es gibt weder eine klare Unterscheidung zwischen äußerer und innerer Sicherheit noch eine geografische Trennung. Trotz des Drucks auf die europäischen Grundwerte vertritt die Europäische Union zahlreiche gemeinsame Interessen und Wertvorstellungen. Eine auf Regeln beruhende Weltordnung ist eine zentrale Priorität der EU-Außenpolitik, und der Erfolg der EU-Außenpolitik lässt sich an ihrem Erfolg in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft messen.

Russlands Aggression in der Ukraine dauert noch immer an, und die Annexion der Krim ist unrechtmäßig. Die EU vertritt in dieser Frage eine konsequente und geschlossene Haltung. Die Verpflichtungen in der Minsker Vereinbarung müssen erfüllt werden, und Europa muss an seinen Grundsätzen festhalten. Mit Blick auf den bevorstehenden Gipfel der Östlichen Partnerschaft sollte die EU eine klare Vorstellung darüber haben, wie sie weiter vorankommen und politische Erfolge in echte Vorteile für die Menschen in diesen Ländern verwandeln kann. In den Beziehungen zwischen der EU und Russland haben sich die fünf Leitgrundsätze als nützlicher Rahmen erwiesen. Die Kommunikation der EU sollte darauf ausgerichtet sein, Russland wieder zu einem international akzeptablen Verhalten zu veranlassen.

Der Süden steht vor zahlreichen Herausforderungen. In Syrien, Libyen, Jemen und Irak gibt es anhaltende Konflikte, und in der Sahelzone herrscht Instabilität. Ende dieses Jahres wird der Gipfel EU-Afrikanische Union stattfinden, bei dem es vor allem darum geht, der jungen Generation von Afrikanern mehr Chancen zu bieten. Die Lage in Syrien ist sehr komplex, und die EU könnte beim Wiederaufbau nach dem Konflikt eine Rolle spielen. Libyen muss einen nationalen Aussöhnungsprozess durchlaufen, und die EU ist bereit, diesen Prozess zu unterstützen. Auch der Kampf gegen Terrorismus und Extremismus ist eine wichtige Priorität.

Ein weiterer Diskussionspunkt betraf die externen und internen Aspekte der Migration und den Friedensprozess im Nahen Osten. Nach Auffassung der EU ist eine Zweistaatenlösung die einzige tragfähige Option. Einen weiteren Schwerpunkt bildeten die Bedeutung der transatlantischen Beziehungen sowie der gegenwärtige Stand und die Zukunft dieser Beziehungen.

Entlang der Grenzen der Europäischen Union

1. Seminar: Westbalkan

Im Zentrum der Debatte stand die Bedeutung der Westbalkanländer für ganz Europa. Die sechs Länder liegen im Herzen des europäischen Kontinents und haben eine eindeutige europäische Perspektive.

Allerdings hat jedes dieser Länder einen anderen Weg eingeschlagen und erfüllt somit die Beitrittsanforderungen in unterschiedlichem Umfang. Fest steht, dass die Westbalkanländer im Vorhof der Europäischen Union liegen und sich gewissermaßen als geografische Bruchlinie erwiesen haben, die die EU anerkennen muss. Hier treffen die Dimensionen Migration, Volkszugehörigkeit und Religion sämtlich aufeinander.

Nach der Rede von Jean Claude Juncker zur Lage der Union im Jahr 2014 waren die Aussichten für den Westbalkan eher düster, da die Erweiterung im Wesentlichen auf Eis gelegt wurde. Nach Ansicht einiger hatte dies schädliche Auswirkungen und trug zur gegenwärtigen Situation bei, die in einigen Westbalkanländern durch eine deutliche Verschlechterung gekennzeichnet ist. Es wurde darauf hingewiesen, dass es Sache der Westbalkanländer selbst sei, politische Munition für eine fortschreitende und erfolgreiche Erweiterungspolitik zu liefern.

Eine Reihe von Teilnehmern wertete die Lage in Bosnien-Herzegowina als wichtigen Lackmustest für die EU. Insbesondere wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, das Wahlgesetz zu reformieren und Verfassungsänderungen umzusetzen. Wirtschaftsreformen und Infrastrukturen wurden als weitere zentrale Bereiche genannt, die eine Umstrukturierung erforderten.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

2. Seminar: Nordkorea

Die Debatte kreiste um die mögliche Reaktion der Europäischen Union auf die jüngsten beunruhigenden Entwicklungen in Nordkorea sowie die Frage, wie die Nachbarländer der Region die Lage wahrnehmen.

Der aktuelle Plan der nordkoreanischen Führung besteht anscheinend darin, eine nukleare Abschreckungskapazität als Garantie dafür aufzubauen, dass die USA das Regime nicht angreifen werden.

Auch mit innenpolitischen Faktoren lässt sich das feindselige Verhalten von Kim Jong-un erklären, der bei seiner Machtübernahme als schwacher Führer galt. Dank des Wirtschaftswachstums und des Erfolgs des Waffenprogramms kann er seine Legitimität derzeit stärken. Es sieht danach aus, als verfolge Nordkorea letztlich das Ziel eines Friedensvertrags mit den USA.

Die aktiven Kernwaffentests Nordkoreas haben Südkorea zu einer zurückhaltenderen Haltung gegenüber seinem Nachbarn veranlasst. Südkoreas Vorschläge für Friedensgespräche mit dem Norden blieben unbeantwortet. Daher wurden die Vereinten Nationen zu zusätzlichen Sanktionen gegen Nordkorea zu aufgefordert. China unterstützt friedliche Verhandlungen mit Nordkorea und die Wahrung der Stabilität im Land. Für Japan stellt China nach wie vor eine größere Bedrohung in der Region dar als Nordkorea. Dennoch hat das Land ein Militärgesetz verabschiedet, wonach japanische Streitkräfte an internationalen Einsätzen teilnehmen dürfen.

Nordkorea wird sein Nuklearprogramm, das es als einzige Sicherheitsgarantie ansieht, wahrscheinlich fortführen und damit eine Verschärfung der Sanktionen bewirken. Wenngleich die EU Sanktionen verhängt hat, werden diese von einigen Mitgliedstaaten noch immer nicht vollständig umgesetzt. Zudem stellt sich die Frage nach den nordkoreanischen Arbeitnehmern in Europa, die dem Regime Einnahmen verschaffen. Es wurde hervorgehoben, dass die EU Druck auf Russland und China im Sinne einer besseren Umsetzung der Sanktionen ausüben solle. Zudem wurde darauf hingewiesen, dass China ohne einen klaren Aktionsplan zwischen China und den USA keine Bereitschaft zum Handeln zeigen werde.

Weitere Diskussionsthemen waren das Abkommen über gegenseitigen Beistand zwischen China und Nordkorea, die Auswirkung der Nordkorea-Frage auf die Innenpolitik Chinas und Japans, die Möglichkeit eines militärischen Eingreifens der USA, der von China und Russland unterbreitete Vorschlag eines „doppelten Einfrierens“, die humanitären Bedingungen in Nordkorea sowie die Wirksamkeit und Zweckmäßigkeit von EU-Sanktionen.

3. Seminar: Russland

Im Mittelpunkt der Debatte standen vor allem die Gesichtspunkte, die im Umgang mit Russland zu berücksichtigen sind.

Ein Aspekt, der angesprochen wurde, ist der häufige Fehler westlicher Länder, Russland lediglich als Putins autoritäres Regime anzusehen. Es sei daran erinnert, dass Putin nicht mit Russland gleichzusetzen ist. Ungeachtet der Aktivitäten des Kremls stehen viele Menschen in Russland nicht hinter dem Regime. Die Bewegung Offenes Russland etwa will Rechtsstaatlichkeit und Demokratie wiederherstellen.

Zur Sprache kam auch die fehlende Reaktion vieler westlicher Staats- und Regierungschefs auf den Umstand, dass Russland die Rechte seiner eigenen Bürger nicht achtet. Diese politischen Führer hoffen, dass sie nicht beeinflusst werden, wenn sie nicht reagieren. Wenn jedoch ein Land die Rechte seiner eigenen Bürger nicht achtet, wie können wir dann erwarten, dass es sich an die international anerkannten Regeln hält? Es wurde betont, dass diese beiden Aspekte eng miteinander verknüpft seien.

Im Anschluss daran wurde auf interne und externe Bedrohungen eingegangen, die Putins Regime eventuell im Wege stehen könnten. Massenproteste sind möglicherweise der einzige Punkt, über den das Regime keine Kontrolle hat, und könnten daher als eine der wenigen internen Bedrohungen angesehen werden. Was die externe Einflussnahme auf das Verhalten Russlands betrifft, sind gezielte finanzielle Sanktionen wohl das wirksamste Mittel. Warum ist jedoch die Umsetzung der Sanktionen so schwierig? Oftmals gewinnt eine am Alltagsgeschäft orientierte Denkweise die Oberhand über die langfristigen Ziele, die mit den Sanktionen verfolgt werden.

In der Debatte wurde auch daran erinnert, dass Russland auf dem gleichen Kontinent wie die EU-Länder liegt, obwohl der Kreml so tut, als gehöre Russland nicht zu Europa. Es ist wichtig, den Kontakt zur russischen Zivilgesellschaft zu halten, da es sich um eine Investition in die Zukunft handelt. Die westlichen Länder, so wurde hervorgehoben, müssten für die Zeit nach Putin gerüstet sein.

Abschließend kamen die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen zur Sprache. Es wurde davon ausgegangen, dass die Wahlen nach dem vorbereiteten Szenario verlaufen werden. Abzuwarten bleibt, was kurz nach den Wahlen und auch während der sechsjährigen Amtszeit geschehen wird.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.

Sitzung V: Wege zur Stärkung der europäischen Verteidigung

Zentraler Diskussionspunkt war die Kluft zwischen dem politischen Enthusiasmus der europäischen Staats- und Regierungschefs und den tatsächlichen europäischen Verteidigungsfähigkeiten. Die Europäische Union agiert als politisches Gebilde mit hoher Wirtschaftskraft, doch ihre militärische Komponente befindet sich noch im Anfangsstadium. Die Teilnehmer waren sich weitgehend einig, dass eine territoriale Verteidigung mit den derzeitigen Verteidigungsfähigkeiten der EU nicht machbar sei und dass diese Fähigkeiten mangels strategischen und politischen Willens fehlten.

Zudem wurde festgehalten, dass die Einrichtung einer Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit weitgehend vom Interesse der Mitgliedstaaten und von der Vereinbarkeit verschiedener Ansätze abhänge.

Ein weiteres zentrales Thema war die Geschlossenheit der transatlantischen Akteure. Die Beziehungen zwischen der NATO und der EU wurden eingehend erörtert. Dabei standen die Grundsätze der Komplementarität und der Vermeidung von Doppelarbeit im Vordergrund. Die Bedeutung der NATO und ihres Kernprinzips der kollektiven Verteidigung wurde hervorgehoben, insbesondere im Hinblick auf das sich wandelnde Sicherheitsumfeld in Europa und in der Welt insgesamt. In diesem Sinne wurde wiederholt auf die Unfähigkeit der EU verwiesen, eine territoriale Verteidigung auf hohem Niveau zu übernehmen, was die Daseinsberechtigung der NATO bestätige. Lastenteilung und die Suche nach Synergien wurden einvernehmlich als wesentliche Bestandteile des transatlantischen Bündnisses gewertet. Gefordert wurde eine stärkere Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich der Abwehr von Hybrid- und Cyber-Bedrohungen.

Mehrfach wurden die Verteidigungsausgaben angesprochen, wobei die Zwei-Prozent-Marke breiten Raum einnahm. Es wurde die Frage aufgeworfen, ob diese Anforderung auch für Nicht-NATO-Mitglieder gelten solle und ob Investitionen in die Verteidigung ein Nullsummenspiel seien. Anstatt nur die Zahlen zu betrachten – so war man sich einig – komme es darauf an, wie das Geld ausgegeben werde. In diesem Zusammenhang wurde betont, dass Investitionen in neue Fähigkeiten erforderlich seien, und die Idee einer europäischen Politik im Bereich der Fähigkeiten und der Rüstung wurde geäußert.

Sitzung VI: Praktische Aspekte der hybriden Welt, darunter Cyberraum und strategische Kommunikation

In den letzten Jahren wurden in Europa in erheblichem Maß Fehlinformationen verbreitet. Als Gegenmaßnahme setzte der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) 2015 die East StratCom Task Force mit dem Auftrag ein, auf Fehlinformationen wirksam zu reagieren und die Kommunikation der EU nach Osten zu verbessern. Die Task Force hat eine Website zum Thema Fehlinformationen eingerichtet (https://euvsdisinfo.eu). Der Schlüssel zur Verbesserung der Kommunikation besteht darin, die Botschaft zu verfeinern und möglichst auf eine Art und Weise zu kommunizieren, die die örtliche Bevölkerung anspricht. Ein weiterer wesentlicher Aspekt besteht in der Förderung von Qualitätsjournalismus und der Stärkung der Medienlandschaft. Das Augenmerk liegt auf der Botschaft, nicht auf dem Boten. Dadurch wird die Meinungsfreiheit uneingeschränkt gewahrt. Langfristig geht es allerdings nicht nur darum, Fehlinformationen zu erkennen, sondern auch um die Zusammenarbeit mit den Medien, und dazu sind mehr Investitionen in StratCom erforderlich.

Der Cyberraum gilt als perfekter Bereich für die hybride Kriegsführung, da wir in unserem Alltag in jeder Hinsicht auf die Nutzung von IT-Lösungen angewiesen sind. Die jüngsten Cyberangriffe haben gezeigt, wie leicht Hacker auf sehr unterschiedliche Informationssysteme zugreifen können, und damit deutlich gemacht, wie abhängig wir alle von der IT sind. Eines der augenfälligsten Beispiele für Hacking ist die Einflussnahme auf Wahlen, die durch die Anfälligkeit der an politischen Prozessen beteiligten Informationssysteme ermöglicht wird. Da die Zuordnung von Cyberangriffen zu konkreten Akteuren sehr schwierig ist und die Regeln und Vorschriften in diesem Bereich noch nicht formuliert wurden, ist es unabdingbar, einen integrierten Ansatz zu verfolgen, der nicht nur die Regierungen, sondern auch die Sozialpartner und den Privatsektor einbezieht.

Vorabfassung - wird durch die endgültige Fassung ersetzt.